



Bayerischer Oberster Rechnungshof
Herrn Präsidenten Christoph Hillenbrand
Kaulbachstr. 9
80539 München

Vorab per Fax: 089/28626-277 bzw. -383

München, 17.06.2021

Anregung einer Sonderprüfung zu Maskengeschäften der Bayerischen Staatsregierung

Sehr geehrter Herr Präsident Hillenbrand,

wie Sie sicherlich wissen, sind die Maskengeschäfte der Bayerischen Staatsregierung nicht nur politisch umstritten – in der vergangenen Woche fand hierzu auf Antrag der SPD-Fraktion eine Aktuelle Stunde im Bayerischen Landtag statt –, sondern auch Gegenstand strafrechtlicher Ermittlungen. Die Menschen in Bayern sind sehr besorgt, dass hier in eklatanter Weise Steuergelder verschwendet wurden, und fordern völlig zu Recht lückenlose Aufklärung ein.

Der Bundesrechnungshof hat inzwischen einen Prüfbericht über die Beschaffung von Schutzausrüstung in der Coronakrise durch das Bundesgesundheitsministerium vorgelegt, der ein vernichtendes Urteil fällt: „Viele Entscheidungen und Einzelmaßnahmen sind im BMG unzureichend dokumentiert und lassen sich nicht nachvollziehen.“ Der Mitteleinsatz sei ineffizient gewesen, das Ministerium habe über „keine hinreichende Grundlage zur Steuerung der Beschaffungsvorgänge“ verfügt. Die Beschaffungswege seien intransparent gewesen, so habe es Direktverträge ohne Ausschreibung (z.B. mit der Fa. Emix durch Vermittlung von Andrea Tandler), aber auch open-house-Verfahren gegeben.

In diesem ungeordneten Prozess habe das Ministerium viel zu viele Masken beschafft und dabei enorme Ausgaben in Kauf genommen: „Die kontrahierten Beschaffungsmengen überstiegen sowohl die Mindestbedarfsermittlung als auch die Auslieferungsmengen um ein Vielfaches.“ Es wird zudem kritisch gesehen, dass die zu viel beschafften Masken nun einfach in der Nationalen Reserve entsorgt werden sollen.

Die Parallelen zum Gebaren des Bayerischen Gesundheitsministeriums liegen auf der Hand. Auch in Bayern wurden in chaotischen Verfahren, die mit den Grundsätzen des Wettbewerbsrechts nicht mehr in Einklang zu bringen sind, massenweise Masken eingekauft, teilweise ohne ordentliche Prüfung. Das Gesundheitsministerium kann noch nicht einmal rekonstruieren, wohin die Masken geliefert wurden.

Florian von Brunn, MdL

Vorsitzender der BayernSPD Landtagsfraktion | florian.vonbrunn@bayernspd-landtag.de

Persönlicher Referent: Fares Kharboutli | fares.kharboutli@bayernspd-landtag.de | Tel.: 089 - 4126 2134 | Fax: 089 - 4126 59 2134

Zum Zuge kamen offenbar Anbieter mit einem direkten Draht zu führenden Politikern der Staatsregierung: Die Fa. EMIX konnte ihre völlig überkauerten und wahrscheinlich unbrauchbaren Masken über Andrea Tandler, die Tochter des früheren CSU-Generalsekretärs, an den Freistaat Bayern verhökern. Für ihre Vermittlungstätigkeit gegenüber dem Bund, NRW und Bayern soll sie eine Provision von 30 bis 50 Millionen Euro erhalten haben, die natürlich im Kaufpreis enthalten ist. Die Fa. Zettl in Niederbayern hat einen Millionenauftrag erhalten, obwohl gleichzeitig andere, günstigere Anbieter nicht zum Zug kamen.

Insbesondere das o.g. Geschäft mit der Schweizer Fa. Emix, welches auch Gegenstand strafrechtlicher Ermittlungen ist, weckt den Verdacht massiver Steuergeldverschwendung: Der Freistaat orderte 1 Mio. FFP2-Masken bei EMIX. Pro Stück wurde ein Preis von 10,59 Euro brutto für eine Maske bezahlt. Selbst wenn man sämtliche Bestellungen im März/April 2020 vergleicht und damit die damalige Marktsituation berücksichtigt, zeigt sich, dass hier ein absolut nicht marktgerechter Preis bezahlt wurde. Der Abstand zur billigsten Bestellung in diesem Zeitraum (2,25 Euro/Stück) beträgt 370%; der Abstand zur zweitbesten Bestellung in diesem Zeitraum (6,55 Euro/Stück) beträgt 61%. Erstaunlich ist, dass für diese völlig überkauerte Bestellung eine „Maklerin“ notwendig gewesen sein soll. Wofür der Freistaat hier eine Vermittlung benötigte, ist unklar. Entgegen der Vereinbarung im Kaufvertrag wurden keine FFP2-Masken geliefert. Stattdessen wurden untaugliche KN95-Masken aus China geliefert. Beanstandet wurde dies vom Gesundheitsministerium bis heute nicht.

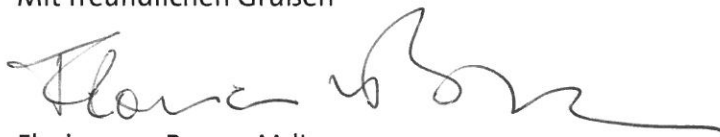
Dieser Fall zeigt exemplarisch, dass bei den Corona-Beschaffungen des Gesundheitsministeriums extreme Verwerfungen stattgefunden haben. Auch hier ist eine Nachvollziehbarkeit nicht gegeben. Auch hier wurde durch chaotisches Handeln – und offenbar aufgrund des Einsatzes von regierungsnahen Lobbyisten – unnötig viel Geld verschwendet. Sie haben bereits in Bezug auf die Corona-Hilfen zu Recht vor einer enormen Belastung des Haushalts gewarnt; auch die maßlosen Corona-Beschaffungen stellen eine solche massive Belastung dar.

Auch die Bayerische Staatsregierung hat im Übrigen angekündigt, eine eigene bayerische Notfallreserve aufzubauen. Es ist daher zu befürchten, dass auch hier überkauert angekaufte Masken, für die keine Verwendung besteht, elegant entsorgt werden sollen.

Leider verweigert die Staatsregierung bislang eine Aufklärung der Beschaffungsvorgänge sowie die Vorlage der Akten. Eine Sonderprüfung durch den unabhängigen Obersten Rechnungshof könnte hier die dringend notwendige Transparenz herstellen.

Ich rege daher eine entsprechende Sonderprüfung an, da die genannten Beschaffungen den Haushalt extrem belasten können. Bei allem Verständnis für die Herausforderungen am Anfang der Pandemie: Auch der Bundesrechnungshof hat trotz dieser Situation festgestellt, dass die „Überbeschaffung in diesem Ausmaß“ vermeidbar gewesen ist.

Mit freundlichen Grüßen



Florian von Brunn, MdL
Vorsitzender der SPD-Fraktion